

Interpellation an Ministerpräsident K-H. Lambertz- Plenardebatte vom 13. März 2006

Betrifft: Standortsicherung Ostbelgiens

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

In Ihrer Neujahrsansprache 2006 haben Sie alle Mitglieder des Parlamentes aufgerufen, sich Gedanken darüber zu machen, wie man die Standortsicherung Ostbelgiens erreichen kann. Sie sehen sich in diesem Bemühen mit Finanzierungsengpässen und mit eng bemessenen finanziellen Spielräumen konfrontiert.

In der gleichen Ansprache hatten Sie auch gesagt, dass es gerade in Zeiten eng bemessener finanzieller Spielräume von großer Bedeutung sein, weitere Investitionen zu tätigen. Diese Ihre Aussage ist verständlich, weil weitere Investitionen, trotz Vergrößerung des Schuldenberges der DG, doch auch zusätzliche finanzielle Mittel in den Wirtschaftskreislauf einbringen.

Sinn dieser Interpellation ist es, einen Überlegungsprozess über die Geldfrage in Gang zu setzen, und eine entsprechende Initiative der Regierung der DG anzuregen.

Die finanzielle Situation der DG zeigt, genauso wie diejenige der anderen Gemeinschaften und auch des Föderalstaates, dass die Politik das Problem unbedingt an der Wurzel anpacken muss. Die Wurzel des Übels, des wenigen und teuren Geldes, ist die Tatsache, dass nicht der belgische Staat oder die Europäische Zentralbank(EZB), wie die Meisten glauben, die Geldhoheit besitzt, sondern dass die privaten Geschäftsbanken die Macht besitzen, neues Geld zu schaffen oder aber dem Wirtschaftskreislauf umlaufendes Geld vorzuenthalten.

Weil die zu zahlenden Zinsen immer nur mit neuen Krediten zurückbezahlt werden können, und weil auf diese neuen Kredite wiederum Zinsforderungen durch die privaten Banken erhoben werden, entsteht ein Teufelskreis, der ohne Abänderung nur in einem monetären und wirtschaftlichen Zusammenbruch enden kann.

Viele Experten im Bereich des Geldwesens fordern inzwischen, dass der Staat unbedingt wieder die gesamte Geldhoheit übernehmen muss, und dass er diese einer unabhängigen Instanz, z.B. der EZB, übergeben sollte. Notwendige Geldmengenvergrößerungen würden dann zinslos an die Mitgliedstaaten, nach Maßgabe der analysierten Wirtschaftsdaten und zum Wohle der Menschen, erfolgen.

Die VIVANT- Fraktion sieht hierin eine Möglichkeit ein bedingungsloses Existenzeinkommen in genügender Höhe an Jede/Jeden zu zahlen, ohne dass eine weitere Verschuldung und wirtschaftliche Destabilisierung in Kauf genommen werden müsste. Dadurch wäre auch der Zwang zu ständigem Wirtschaftswachstum mit fortschreitender Umweltbelastung überwunden. Die unbedingt notwendigen Änderungen des persönlichen Verhaltens in Bezug auf den Schutz des Klimas, d.h. sparsamer Umgang mit Energie und Umstellung auf erneuerbare Energiequellen, wären dann kein finanzielles Problem mehr.

Die von Ihnen und der Koalitionsmehrheit geplante Investitionspriorität in Bezug auf Energieeinsparmaßnahmen ist natürlich sehr zu begrüßen. Die Finanzierung der konkreten Maßnahmen über „Contracting“ würde aber erneut eine Verminderung des allgemeinen Wohlstandes bewirken, welche mit einer entsprechenden Geldreform vermieden würde.

Die VIVANT- Fraktion erkennt also in der Geldreform einen ganz entscheidenden Faktor zur Standortsicherung der DG, zum Erhalt der sozialen Sicherungssysteme, zur Schaffung und Finanzierung der dringend notwendigen neuen Arbeitsplätze z.B. in der Sozialwirtschaft,

sowie auch zur schuldenfreien Auszahlung eines Kaufkraft steigernden Grundeinkommens an die Bürgerinnen und Bürger in Belgien.

Wir weisen darauf hin, dass die Nationalbank in England von einer Ausnahmeregelung profitiert, welche es ihr erlaubt, auf Weisung des Staates, Kredite zu vergeben, und zwar noch so lange, wie England nicht dem Euro-Raum angehört.

Die VIVANT- Fraktion sieht hierin einen möglichen Handlungsansatz für Sie als Mitglieder der Regierung der DG, um bei Ihren Ministerkollegen in Belgien entsprechende Bewusstmachung- und Sensibilisierungsarbeit zu leisten.

Nach unserer Auffassung ist außerdem eine breit angelegte Diskussion in der DG über unser Geldsystem, dessen Auswirkungen und die Reformmöglichkeiten, unter Anhörung renommierter Experten der Materie, sinnvoll und notwendig.

Wir bitten die Regierung um Ihre Stellungnahme zu diesem, nach unserer Auffassung ganz zentralen politischen Handlungsbedarf.

VIVANT- Fraktion im PDG

Dr. Joseph Meyer

Literaturhinweise:

www.freiwirte.de , <Textbeiträge>, R. Prengel, Wirtschaftskrisen und warum sie eigentlich Geldkrisen heißen müßten

www.geldreform.de, Joseph Huber, Reform der Geldschöpfung- Wiederherstellung des staatlichen Geldregals durch Vollgeld

www.praxion.org/article.php3?id_article=6 Alain Pilote, La dette publique

www.systemfehler.de, Christopher Mensching, Umlaufsicherung und Geldsystem- Zur Notwendigkeit einer doppelten Geldreform